

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), herausgegeben von der Redaktion für den Teil Lokales und Provinziales Reinhold Dreßler, für die Anzeigen Rudolf Roggendorf, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Polander, Leipzig. — Verl. der Volkstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Röntgenstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 99 Pfennig. Bei den Postämtern monatlich 2.70 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: Die Zeitungsnummer 29 Pfennig, Inserate 5, auswärts 5 Pfennig, im Metallteil Seite 75 Pfennig, Merseburg-Konzeption: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspostamt Seite 411.

Nr. 206.

Halle, Freitag den 6. September 1918.

2. Jahrgang.

Die Demokratie als Kriegsziel.

Die Hoffnungen, die man auf den englischen Arbeiterkongress setzen konnte, müssen nun wohl auch zu Grunde getragen werden. Er hat die englische Regierung aufgefordert, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn die deutschen Truppen freiwillig oder gezwungen Nordfrankreich und Belgien geräumt hätten. Der entsprechende Standpunkt von deutscher Seite wäre der, in Friedensverhandlungen erst einzutreten, wenn die Entente die deutschen Kolonien geräumt hätte. Das wäre natürlich — vor Kriegsende — niemals; und bis zur Vertreibung der deutschen Truppen aus Nordfrankreich und Belgien dürfte es am Ende nicht viel weniger lange dauern.

Der englische Arbeiterkongress hat dann einige Bemerkungen angefügt gegen die „despotischen Mächte“, welche einzeln, heimlich und auf eigene Faust den Weltfrieden stören könnten. Hier taucht wieder die Demokratie als Kriegsziel auf, wie wir es ja von Entente-Seite gewohnt sind.

Wir können dieses demokratische Kriegsziel unmöglich als ehrlich gemeint anerkennen. Die sogenannten westlichen Demokratien waren mit dem zaristischen Rußland eng verbunden und schlossen mit ihm geheime Handelsverträge ab, um Deutschland zu vernichten. Wo war damals ihr demokratisches Gewissen? Sie vorzuziehen und vernachlässigen die Arbeiterinteressen die Kräfte zu internationalen Beziehungen. Sie stellen die Friedensfreunde vor Gericht und hängen sie an harten Strafen. Jede Freiheit des Wortes und der Meinungsäußerung ist aufgehoben, und Clemenceau handelt den Belagerungsstaat nach. In den Vereinigten Staaten hat der große Brod gegen die Friedensfreunde in Chicago damit gebendet, daß am 18. August 15 Angeklagte, darunter der Bergarbeiter William Gaywood, der amerikanische Delegierte auf dem Kopenhagener internationalen Sozialistenkongress, zu je zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, 33 andere Arbeiterführer zu je 10 Jahren, weitere 38 zu fünf Jahren und zwölf zu einem Jahre Zuchthaus. Das macht zusammen 797 Jahre Zuchthaus in einem einzigen Brod gegen die Friedensfreunde. Ist das die Freiheit, die Wilson uns bringen will?

Sozialistische Welge tadelt in seiner letzten Nummer wieder einmal hart, daß die deutschen Militärpolitiker in Finnland und in der Ukraine, in Ostland und Estland den Bolschewismus unterdrückt und die Arbeiter um die Früchte ihrer sozialen Revolution gebracht hätten. Aber wie treibt es die Entente in Großrußland? Sie ist der Mittelpunkt aller Verschönerungen zum Sturz der Kaiserregierung und wendet die gemeinsten Mittel auf, um Rußland nicht in den Genuß des abgeschlossenen Friedens kommen zu lassen. Die jüngsten Affenstücke, welche die Sowjetregierung aus den englisch-französischen Konsulaten veröffentlicht, liefern den unüberleglichen Beweis dafür. Die Entente Staaten erkennen die Sowjetregierung überhaupt nicht an. Trotzdem verlangen sie von der Ächtung der diplomatischen Unverletzlichkeit der Ententevertreter. Und da die Kaiserregierung gegenüber dem Reichsminister die Ententegegenüber diese unmöglich beachten kann, drohen sie damit, die Führer des Bolschewismus für persönlich vogelfrei zu erklären. Noch vogelfreier als Lenin, auf den man hat schiessen lassen?

Aber selbst wenn es die Entente noch tausendmal unehrlicher meinte, als sie es mit der Demokratie wirklich meint, müßte Deutschland auf seiner selbst wissen sich so rasch wie möglich dem Sozialismus zuwenden. Nur die großzügige Erweiterung und vollkommene Sicherstellung der Volksrechte kann die gefährliche Stimmung in den Ländern überwinden und dazu führen, daß Deutschland das höchstnützliche seiner Kraft in der Entscheidungsschlacht einsetzt. Nur ehrliche unantastbare Demokratie kann die Millionen, welche die unehrlichen Redensarten der Entente Staatsmänner heilig ernst nehmen, von jenem Kriegskriegsstand heilen, der den Kampf gegen Deutschland als eine Art Kreuzweg ansetzt. Die Demokratie ist eine unentbehrliche Waffe für Deutschlands äußerste Notwehr geworden. Jedes Sämen und Sägen auf dem Wege zur echten Volksfreiheit bedeutet höchste nationale Gefahr.

Wichtiger denn die unehrlichen Redensarten der Wilson und Wood George, sondern ihnen zum Trost für Deutschlands Rettung brauchen wir die Demokratie, brauchen sie sofort und rücksichtslos.

In der Sadgasse!

Die bürgerlichen Parteien und das Wahlrecht.

Die Wahlrechtskommission des Preussischen Herrenhauses hat die „Arbeiten“ in der Frage des preussischen Wahlrechts am Mittwoch aufgenommen. Diese Kommission hat sich am 11. Juli konstituiert, aber die hohen und erlauchten Herren zogen es vor, nach ihrer Konstituierung zunächst unbesonnenen Ferien zu machen. Aber auch nach dem Ablauf dieser Ferien hat man sich dem in diesem Stadium des Krieges doppelt lächerlichen Punkte der preussischen Wahlrechtsfrage nicht so leicht geändert, sondern die Verhandlungen über die eigenartige Sache wieder um ein paar Tage hinausgeschoben, indem man sich „Beratungsverhandlungen“ zum Zwecke einer „Verständigung“ geflüstert hat. Was aus dieser „Wahlrechts“-Kommission herauskommen wird, darüber wird sich irgend ein Wahlrechtsfreund um so weniger Illusionen hegen, wenn er erfährt, daß von ihren 28 Mitgliedern 10 „Ständesherren“

sind, davon zwei Herzöge, zwei Fürsten, ein Prinz, sieben Grafen und ein Freiherz.

Aber ganz abgesehen davon: wären nur die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit Anhänger des gleichen Wahlrechts, dann könnten wir dieses entwürdigende Schauspiel in der Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage gar nicht. Die bürgerlichen Parteien in ihrer übertragenden Mehrheit sind jedoch Gegner des gleichen Wahlrechts. Wo eine sehr zahlreiche Unterfraktion von einer dünnen Oberfraktion politisch und wirtschaftlich beherrscht wird, da wird diese Oberfraktion immer bestrebt sein, durch eine ihren Zwecken entsprechende Verteilung der politischen Rechte in der politischen Vertretung der kleinen Oberfraktion die Rolle der Mehrheit und der großen Unterfraktion die Rolle der Minderheit zuzuwenden. So hat denn auch die Wahlrechtsfrage, und besonders die preussische, bei den bürgerlichen Parteien ausschließlich beim Stimmensatz zu Wahlzeiten eine Rolle gespielt, wobei es natürlich auch immer noch darauf ankam, ob man nicht die Massen einhengen könne, ohne in dieser Beziehung Versprechungen zu machen. Wie die bürgerlichen Parteien, die die Massen drängten, die Arbeiter in der Wahlrechtsfrage hinter sich geführt haben, das beweist an dem Beispiele der Zentrumspartei unsere Partei-Wochenblätter, die Neue Zeit, in ihrer dieswöchigen Nummer. In dem Artikel „Das Zentrum im preussischen Wahlrecht“ weist B. Kampfers nach, daß das Zentrum entgegen allen feindseligen Erklärungen vor den Wahlen niemals ein grundsätzliches Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht abgelegt hat, sondern daß in der Partei — nicht etwa im Parlament — Wahlrechtsfrage immer nur eine Rolle spielen, wenn man „Wahlrechtsfrage zu machen gedachte“. Am stärksten charakterisierte das Zentrum seine Stellung zum Wahlrecht, als es bei den letzten Verhandlungen die berechtigten „Erdbeben“ verlangte. Unbedingte Wahlrechtsfrage gibt es im Zentrum außer den Arbeiter abgeordneten (und auch unter diesen tritt Gieseler für Zustimmung ein) nur ein paar. Deftlicher haben sich für das gleiche Wahlrecht nur zwei bürgerliche Zentrumsleute ausgesprochen. Wo es zu Abstimmungen über ernsthafte Wahlrechtsanträge kam, wie am 20. Mai 1912 im Abgeordnetenhaus, da brachte das Zentrum diese Anträge bodenlos zum Fall, daß so viel Abgeordnete der Zustimmung fernblieben, wie zur Ablehnung solcher Anträge nötig waren!

Und wie sieht es bei den anderen bürgerlichen Parteien aus? Zum Erbarmen! Das Verhalten der Nationalliberalen ist in seiner Erinnerung, von den weiter rechts liegenden Parteien gar nicht zu reden. Die Frage, ob man es wagen will, dem Volk, das gerade jetzt für die weitere Ernte vom Blut vergießt, in diesem Vaterland weiterhin die Stellung des politischen Hecken zu gewähren, wird sich nun wohl entscheiden. Darüber sollten sich aber nachgerade alle bürgerlichen Par-

teln klar geworden sein; mit Scheinreformen ist es nicht getan. Selbst unannehmliche Veränderungen von der Regierungselite könnten in dieser Zeit von den schwersten Folgen begleitet sein! Und auch das müßte man sich gesagt sein lassen, daß weitere und längere Verzögerungen der Sache sich bitter rächen würden!

Eine Erklärung Dr. Friedbergs.

In dem Wahlrechtsauschuss des Herrenhauses erklärte der Abgeordnete des Staatsministeriums Dr. Friedberg auf eine Anfrage, ob die Staatsregierung auch heute noch im Falle einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts zur Auflösung des Abgeordnetenhauses bereit wäre, daß auf die Erklärung der Staatsregierung in dieser Frage im Abgeordnetenhaus verweise, die noch heute maßgebend sei. Der Wunsch nach einer Verständigung wurde allerdings betont und dabei auf die großen Bedenken hingewiesen, die gegenüber einer etwaigen Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges beständen. Die neue Fraktion hat sich nicht in dem Sinne, Sicherungen vorzuschlagen, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts. Der Ministerpräsident des Staatsministeriums führte aus, daß auch die Regierung jene Bedenken würdige und gerade deshalb nach einer Verständigung strebe, die allerdings das Prinzip des Gesetzes vom 11. Juli 1917 nicht berühren dürfte. Doch eine Parlamentarisation der Regierung die notwendige Folge einer Erneuerung des Wahlrechts sein werde, glaube er nicht. Die Auswahl der Minister sei das Recht der Krone, so werde es auch in Zukunft bleiben. Einschränkungen, nichts als Einschränkungen!

Zeitungsanfänge der Wahlrechtsgegner.

Der Anlauf weiterbreiteter bürgerlicher Blätter für die Interessenvertretung der Schwerindustriellen und anderer Kriegstreiber und Kriegsgewinnnehmer scheint zu machen. Jetzt beharren sie auch die Wahlrechtsgegner im Zentrum dieses Mittels, um die Wahlrechtsfrage und die „Zentrumsfrage“ auszulassen. Das Düsseldorf-Tagblatt hatte lange Zeit in seiner Politik mehr dem Wahlrechtsfeindlichen Flügel zugewandt, war seit einiger Zeit aber eingeknickt und für das gleiche Wahlrecht (allerdings mit „Sicherungen“) eingetreten. Das gefällt nun dem Düsseldorf-Zentrumsreaktionären nicht und sie versuchen nun dem bewährten altdeutschen und schmernderischen Regier- und Flügel ihres durch Kriegsgewinne gefüllten, Selbstweils des Tagblatt unter ihren Einfluß zu bringen. Der vom mehrheitsfeindlichen Flügel gebildete Düsseldorf-Zentrumsorganisierte Dr. Bornemann ist zur Zeit bemüht, die Ähren der Gesellschaft für Wahrung und Verfolgung des Wahlrechts m. b. H. (Düsseldorfer Tagblatt) durch Kauf in seine Hände zu bringen. Da er solche Transaktionen aus eigenen Mitteln durchzuführen wohl kaum in der Lage ist, so muß ansetzen werden, daß er hier ein heutzutage bewährter, dem Wahlrechtsfeindlichen Zentrum vorzieht, der darauf hinweist, das genannte Zentrumblatt in den Schoß der alleinstimmigsten Wahlrechtsfeindlichkeit in den Dienst der ausgeprochenen Volksliste, zurückzuführen. Man darf gespannt sein, wie sich nun die Zentrumsarbeiter, auf deren scharfe Opposition sich das Tagblatt zu den bedingten Wahlrechtsfreunden gestellt hat, zu ihrer neuen Aktion ihrer Gegner im eigenen Lager stellen werden.

Englisches Ultimatum an Rußland.

Eine amtliche Meldung aus London zu den Vorgängen in Petersburg lautet:

Bolschewistische Truppen haben das englische Botschaftsgebäude in Petrograd geplündert und den britischen Marineattaché tödlich getötet. Die Regierung behauptet, daß ein ähnlicher Angriff auf die französische Botschaft bevorsteht, ist, obwohl die nötigen Maßnahmen zur Verteidigung getroffen sind. Das Gebäude, das die französische Mission besetzt, wurde ebenfalls geplündert, aber sämtliche Dokumente waren bereits in Sicherheit gebracht. Mehrere Franzosen wurden verletzt. Die Bolschewisten fordern den Abzug der Briten und Franzosen zu ermahnen. Dieses Geschehen ist nicht übertrieben getrieben, sondern die Ereignisse beginnender Feindschaften waren von der britischen Regierung seit langem bemerkt worden. Seit dem 5. August trugen die bolschewistischen Behörden eine völlige Abschaltung nicht nur für ihre eigenen, sondern für die Briten und Franzosen, sondern auch für die Bestimmungen der internationalen Gesetze und Verträge zur Schau. Die Mitglieder der britischen und französischen Konsulate in Moskau wurden verhaftet. Obwohl die Wehrhaft dieser offiziellen Persönlichkeiten nach einer Intervention der neutralen Vertreter später wieder beseitigt wurden, blieb dennoch eine Anzahl Angehöriger der alliierten Mächde unter Verwahrung gestellt. Die britische Regierung hat daraufhin mit Bismarck in dem Bolschewistenministerium in London, Unterhandlungen angeschlossen und auch die Vermittlung neutraler Vertreter in Rußland in Anspruch genommen. Es wurde der Vorschlag gemacht, die Mitglieder der Mission und die anderen Angehörigen der in Petersburg und Moskau befindlichen Alliierten gegen in London lebende Bolschewisten auszuwechseln. Dagegen viele Bedingungen bereits grundlegend angenommen worden waren und die Vertreter der Alliiertenmission durch Bismarck bereits von den russischen Behörden gutgeheißen war, haben die Bolschewisten nunmehr die Bedingung gestellt, daß für die Freigabe der nichtoffiziellen Angehörigen der Alliierten in Rußland die Freigabe der in Frankreich lebenden russischen Soldaten erfolgen sollte. Die französische Regierung war nicht einverstanden, daß die britische Mission, die sich bereits in Petrograd befindet, die Freigabe der Alliierten in Rußland gegen die Freigabe der in Frankreich lebenden russischen Soldaten erfolgen sollte. Die französische Regierung war nicht einverstanden, daß die britische Mission, die sich bereits in Petrograd befindet, die Freigabe der Alliierten in Rußland gegen die Freigabe der in Frankreich lebenden russischen Soldaten erfolgen sollte.

Gewinnung und schmerzliche Betroftung auf derjenigen, die für die gemeinsame Tat verantwortlich sind, und die Betroftung aller Mitgeschickten. Falls die Sowjetregierung keine genügende Genugtuung leistet oder eine neue Gewalttat gegen die Angehörigen verübt, werden die britische Regierung die Mitglieder der Sowjetregierung selbst persönlich verantwortlich machen und verurteilen, daß die Regierung Russischer sozialistischer Parteien vogelfrei erklärt wird.

Nach englischer Art wird hier natürlich völlig übergeben, daß das russische Botschafter seinen Grund hat in den von englischer Seite injizierten Verwundungen gegen die Bolschewistenregierung. Die Kaiserregierung wird sich natürlich durch die englische Drohung nicht einschüchtern lassen.

Nach Feststellungen erklärte Einmalig, Ulrich ist auf englische Veranlassung erachtet worden; auch seien die Urheber des Attentats auf Lenin Engländer. Nach einem Petersburger Telegramm gab die Moskauer Kaiserregierung Befehl zur Festnahme aller verdächtigen, in konularischem und diplomatischem Dienst tätigen Staatsangehörigen der Entente, mit Ausnahme der durch die Exterritorialität geschützten Personen der Botschaften und ihrer persönlichen Vertreter.

Aus Petersburg wird ferner gemeldet, daß Bolschewist Ulrich am Vorabend seiner Ermordung von einem Unbekannten die telefonische Warnung erhielt, sich am folgenden Tage öffentlich zeigen zu lassen, da er dabei sein Leben aufs Spiel setzen würde. Ulrich beachtete den Hinweis nicht, weil er zu dieser Drohung und Warnung erstarrt, machte aber seinem Schwärze davon Mitteilung.

Die neutrale Presse zu dem englischen Komplott.

Am 5. September. Das Waterland schreibt: Die Kuffen erregenden Entstellungen in Rußland lassen keinen Zweifel, daß die diplomatischen Vertreter Englands und Frankreichs die Hauptrollen einer großen Verschwörung spielen, deren Ziel war, die Sowjet-Truppen zu belästigen, den Ruf der Bolschewisten zu kürzen, die Alliierten in Moskau aufzuwecken und Rußland nun neu auf Seiten der Alliierten in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen. Der Durchbruch auf Lenin wird auch mit diesen Plänen zusammenhängen. Es wird interessant sein, zu hören, auf welche Weise die Röhre von London und Paris sich dieser Verschwörung gegenüber orientieren werden. Wichtig sind aus der englischen Botschaft nützliche Nachrichten über die Verhältnisse, unter denen der Chef der englischen Mission in Petersburg die Verhandlungen über die Freigabe der Bolschewisten führen wird. Die Antwort auf die russischen Entstellungen ist das vorliegende Ultimatum, in dem sich England zum Ausdruck äußert.

St. Petersburg, 4. September. Das Sozialistisches Blatt „Gornaja Wostok“ macht in einem Botschaftsblatt darauf aufmerksam, daß

